

STUDIEN UND FORSCHUNGEN AUS DEM
NIEDERÖSTERREICHISCHEN INSTITUT FÜR LANDESKUNDE

Herausgegeben von Elisabeth Loinig

Band 70

**Wien und Niederösterreich –
eine untrennbare Beziehung?**

**Festschrift für Willibald Rosner
zum 65. Geburtstag**

Herausgegeben von
Elisabeth Loinig, Stefan Eminger und Andreas Weigl

Verlag NÖ Institut für Landeskunde
St. Pölten 2017

Einband: Alois Groppenberger, Geometrischer Plan der Straßen in Nieder-Oesterreich 1:288 000,
Wien 1785 (NÖLB)
Grafik: Renate Stockreiter

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:
NÖ Institut für Landeskunde
3109 St. Pölten, Kulturbezirk 4

Redaktion: Stefan Eminger, Elisabeth Loinig, Andreas Weigl
Bildredaktion: Werner Berthold, Stefan Eminger
Lektorat: Heidemarie Bachhofer

Hersteller:
Ferdinand Berger und Söhne Ges.m.b.H.,
3580 Horn, Wienerstraße 80

© NÖ Institut für Landeskunde
ISBN 978-3-903127-07-4

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdruckes, der Entnahme von Abbildungen, der Rundfunk- oder Fernseh- sendung, der Wiedergabe auf photomechanischem oder ähnlichem Wege und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwendung, vorbehalten.

Groß-Wien vor Ort. Politische Auseinandersetzungen um die Stadterweiterung unter besonderer Berücksichtigung der lokalen Ebene 1938 bis 1954

Von *Stefan Eminger*

Die Geschichte der politischen Auseinandersetzungen um Groß-Wien ist bislang vor allem mit Blick auf die Ebene der Bundesländer erzählt worden.¹ Die Perspektive des expandierenden und dann wieder schrumpfenden Wien und die Hauptstadtfrage Niederösterreichs standen dabei zumeist im Vordergrund.² Der vorliegende Text bietet einen Überblick über die großen Linien der Entwicklung und möchte dabei folgende Fragen beantworten: Warum wollten die Nationalsozialisten die Stadterweiterung und wie wurde sie umgesetzt? Wie stellten sich nach 1945 das demokratische Niederösterreich und Wien zur Stadterweiterung und warum und wie wurde sie rückgängig gemacht? Darüber hinaus beleuchtet der Text die bislang wenig beachtete lokale Ebene der Frage der Stadterweiterung:³ Wie war die Haltung in den betroffenen Kommunen bei der Eingemeindung und wie bei der Ausgemeindung? Gab es Widerstände, und wenn ja, mit welchen Mitteln wurden diese geäußert? Wer waren die Träger des Widerspruchs, wie lauteten die Argumente und wie gingen die politisch Verantwortlichen mit dem Widerspruch um? Ein Resümee fasst die wichtigsten Antworten zusammen.

¹) Für wertvolle Hilfestellungen bei den Recherchen für diesen Aufsatz dankt der Autor Mag. Dr. Stefan Spevak MAS (WStLA) und Mag. Wolfgang Bäck (StA Klosterneuburg).

²) Auch der mit dieser Festschrift zu Ehrende hat sich mit der Thematik befasst: Willibald ROSNER, Bezirk Wien-Umgebung – eine Geschichte mit Hindernissen. In: Landesverwaltung im Dienste der Bürger. Festschrift zur Eröffnung des neuen Amtsgebäudes der Bezirkshauptmannschaft Wien-Umgebung (Klosterneuburg 1998) 22–30; Willibald ROSNER, Die Hauptstadt und das Land – ein Spannungsverhältnis? Wien und Niederösterreich im 19. und 20. Jahrhundert. In: Pro Civitate Austriae. Informationen zur Stadtgeschichtsforschung in Österreich NF 11 (2006) 45–58; grundlegende Darstellungen stammen zudem von Gerhard BOTZ, Groß-Wien. Die nationalsozialistische Stadterweiterung im Jahre 1938. In: ÖGL 17 (1973) 3–14; Hanns JÄGER-SUNSTENAU u. Edmund LEDL, Änderungen des Wiener Stadtgebietes während der letzten hundert Jahre. In: Handbuch der Stadt Wien 70 (Wien 1955) 263–279; Wolfgang MAYER, Territoriale Veränderungen im Raume Wien 1938–1954. In: WGBl 30 (1975) 286–294 und Maren SELIGER, Groß- oder Klein-Wien? Politische Auseinandersetzungen um die Nachkriegsgrenzen und Stadtentwicklungsziele. In: JbVGStW 51 (1995) 209–241.

³) Einen knappen Einblick in das Thema bietet etwa Gertrude LANGER-OSTRAWSKY, Randgemeinden. In: Sowjets, Schwarzmarkt, Staatsvertrag. Stichwörter zu Niederösterreich 1945–1955. Hrsg. Stefan EMINGER u. Ernst LANGTHALER (St. Pölten-Wien-Linz 2005) 158–163.

Die Schaffung Groß-Wiens 1938

Die Nationalsozialisten haben Groß-Wien nicht erfunden; sie haben es (nur) umgesetzt. Sie konnten an zahlreiche ältere Überlegungen anknüpfen,⁴ und auch die Bezeichnung „Wien, Hamburg des Ostens“ findet sich bereits in der Presse der jungen Republik; freilich im Kontext der damaligen Suche nach einer Funktion für die Millionenstadt im klein gewordenen Österreich.⁵ Aber erst mit der Schwächung der Autonomie der Länder in der nationalsozialistischen Terrorherrschaft war der Weg frei für die Stadterweiterung Wiens. Die damit verbundenen Entscheidungen wurden in sehr kurzer Zeit, zwischen März und Ende Mai 1938, getroffen. Dem Wiener Bürgermeister Hermann Neubacher und den Wiener Spitzenbeamten war für die konkrete Grenzziehung des neuen Wien viel Freiraum gegeben. Vielzitiertes Vorbild war die erst 1937 erfolgte Vergrößerung Hamburgs.

Bald kristallisierten sich zwei Erweiterungspläne heraus, die von unterschiedlichen Proponenten lanciert wurden. Die noch aus dem „Ständestaat“, ja teils aus der demokratischen Phase stammenden Verwaltungskräfte plädierten für eine kleinere Variante. Sie verwiesen auf die hohen Kosten einer großzügigen Erweiterung, zumal die Verschuldung der niederösterreichischen Randgemeinden „ganz ungeheuerlich“ sei und viele Industrieanlagen im Wiener Becken ziemlich veraltet wären.⁶ Ihnen stand der Plan einer Gruppe von überzeugten Nationalsozialisten um Obermagistratsrat Dr. Hans Helch und Karl Palme gegenüber, der von geopolitischen Überlegungen geleitet war. Er bezog die Kornkammern Marchfeld, Steinfeld und Tullnerfeld ebenso ein wie die Industriegebiete an der Südbahn und im St. Pöltner Raum. Dieses Gebiet wäre mit einer Fläche von 8.500 km² größer als das Land Salzburg gewesen.⁷

Bürgermeister Neubacher hatte Sympathien für die große Lösung, dennoch wurde es die – erweiterte – kleine. Mitverantwortlich dafür waren ideologische Bedenken. So hatte Reichsinnenminister Frick in einem Geheimerlass bereits am 2. Dezember 1935 weit ins Vorland der Städte ausgreifende Eingemeindungen untersagt. Sie widersprachen seiner Auffassung nach der „nationalsozialistische[n] Grundhaltung [...], die auf die Pflege des organischen Wachstums des Gemeinschaftslebens und damit auf Schutz vor unnötiger Verstädterung des ländlichen oder auch des gemischt-wirtschaftlichen Randgebietes der Städte gerichtet ist.“⁸ Der Berliner Kommunalpolitiker Theodor Steimle führte diese Gedanken im Reichsverwaltungsblatt vom März 1938 näher aus. Er verwies auf den seiner Ansicht nach hohen Preis, der mit großzügigen Stadterweiterungen verbunden sei.

⁴) Siehe dazu den Beitrag von Barbara Steininger in diesem Band.

⁵) Exemplarisch Reichspost (30. Jänner 1919) 1.

⁶) Botz, Groß-Wien (wie Anm. 2) 5.

⁷) Botz, Groß-Wien (wie Anm. 2) 5 f.

⁸) WStLA, Rundschreiben des Hauptamtes für Kommunalpolitik, 3. April 1939, Amt für Kommunalpolitik, A 2/1 NSDAP Gau Wien; zit. nach Botz, Groß-Wien (wie Anm. 2) 6.

Denn „[an] die Stelle traditionsgebundenen, in Blut und Boden verwurzelten Bauerntums ländlicher Vorortsbezirke treten unter Umständen mehr oder weniger ausgedehnte Siedlungskolonien, mit verstäderten, beziehungslosen Großstadtmenschen, die die bisherigen Bindungen durch ihr ‚Dazwischentreten‘ trennen und das Bodenständige, Wurzelechte nach einem alten Gesetz mit in den Strudel der Verstädterung hineinziehen. [...] Wichtiger als eine moderne Kanalisation, große Schul- und Verwaltungsgebäude, gepflegte Straßen und andere an sich noch so wertvolle Leistungen großstädtischer Gemeinwesen ist die Erhaltung unseres Bauerntums und anderer völkischer Werte.“⁹

In dem Spektrum zwischen Blut-und-Boden-Ideologen auf der einen und technokratischen Großstadtplanern auf der anderen Seite fiel Ende Mai 1938 die Entscheidung über die neuen Stadtgrenzen. Diese waren deckungsgleich mit den am 1. Juni 1938 verlautbarten Grenzen der Wiener Parteiorganisation der NSDAP. Nach einigen kleineren Änderungen standen spätestens am 21. Juli die 97 Gemeinden fest,¹⁰ die mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über Gebietsveränderungen im Lande Österreich am 15. Oktober 1938 zu Wien kommen sollten.¹¹ Wien war flächenmäßig von 278,4 km² auf 1.215,4 km², also auf mehr als das Vierfache, angewachsen. Die Bevölkerung hatte von 1,874.000 auf 2,087.000, also um 213.000 Personen, zugelegt;¹² das war mehr als die Einwohnerzahlen von Graz und Stadt Salzburg zusammengenommen.

Angesichts der ambivalenten Haltung des in der Großstadt gescheiterten Kleinbürgers Adolf Hitler mag die großzügige Erweiterung der Stadt verwundern. Bereits in seinem Manifest „Mein Kampf“ hatte „der Führer“ seine Abscheu vor dieser „Mischlingsstadt zwischen Orient und Okzident“ bekundet: „Widerwärtig war mir das Rassenkonglomerat, das die Reichshauptstadt [der Habsburgermonarchie; d. Verf.] zeigte, widerwärtig dieses ganze Völkergemisch von Tschechen, Polen, Ungarn, Ruthenen, Serben und Kroaten, usw., zwischen allem aber als ewiger Spaltzypus der Menschheit – Juden und wieder Juden.“¹³ Hitler betrachtete ein starkes Wien stets als Gefahr für die Einheit des Deutschen Reiches; der Typus „des Wieners“ und sogar der Wiener Dialekt waren ihm zutiefst zuwider.¹⁴ Zur großen Enttäuschung Neubachers und der anderen Wiener Nationalsozialisten, die für ihre

⁹) Theodor STEIMLE, Nationalsozialistische Eingemeindungspolitik. In: Reichsverwaltungsblatt Bd. 59 (26. März 1938) 264; zit. nach Gerhard BOTZ, Nationalsozialismus in Wien. Machtübernahme, Herrschaftssicherung, Radikalisierung 1938/39 (Wien überarb. und erweiterte Neuaufl. 2008) 364 f.

¹⁰) JÄGER-SUNSTENAU u. LEDL, Änderungen (wie Anm. 2) 268.

¹¹) Gesetzblatt für das Land Österreich Nr. 443/1938, Kundmachung des Reichsstatthalters in Österreich, wodurch das Gesetz über Gebietsveränderungen im Lande Österreich vom 1. Oktober 1938 bekanntgemacht wird.

¹²) MAYER, Veränderungen (wie Anm. 2) 288.

¹³) Karl R. STADLER, Nachwort: Provinzstadt im Dritten Reich. In: Gerhard BOTZ, Nationalsozialismus in Wien. Machtübernahme, Herrschaftssicherung, Radikalisierung 1938/39 (Wien überarb. und erweiterte Neuaufl. 2008) 677–689, hier 679.

¹⁴) STADLER, Nachwort (wie Anm. 13) 680, 683.

WIENER STADTGEBIET 1937 BIS 1954



Abbildung 1: Die Veränderung des Wiener Stadtgebietes zwischen 1937 und 1954 (aus: Maren Seliger, Groß- oder Klein-Wien? Politische Auseinandersetzungen um die Nachkriegsgrenzen und Stadtentwicklungsziele. In: Jahrbuch des Vereins für Geschichte der Stadt Wien 51 [1995] o.S.; bearb. von Wolfgang Kunerth).

Stadt eine Sonderstellung innerhalb des Deutschen Reiches erhofften und damit an großdeutsch-sozialdemokratische Planungen der jungen Republik anknüpften,¹⁵ ging ihr „Führer“ daran, die Vormachtstellung Wiens in der „Ostmark“ zu brechen. Der Grund für die Stadterweiterung war also nicht das Bestreben der NS-Führung, die Bedeutung Wiens zu vergrößern. Die Motive, warum Hitler am 1. Oktober 1938 das Gesetz unterzeichnete, mit dem Groß-Wien Wirklichkeit wurde, lagen anderswo. Sie waren militärischer, wirtschaftlich-verkehrsgeographischer sowie

¹⁵⁾ Wilfried POSCH, Lebensraum Wien. Die Beziehungen zwischen Politik und Stadtplanung (1918–1954) (Diss. Graz 1976) 2, 160.

sozial- und ernährungspolitischer Natur.¹⁶ Abgesehen von den ersteren wiesen sie nur geringe originär nationalsozialistische Implikationen auf und gingen mitunter auf bereits jahrzehntealte Überlegungen zurück.

1. Wegen seiner strategischen Lage an der Ostgrenze des Deutschen Reiches sollte Wien Garnisonsstadt und ein Zentrum der Wehrmacht werden. Tatsächlich wurden in Neu-Wien große Truppenübungsplätze samt Kasernen errichtet, vor allem am Bisamberg im Norden der Stadt. Neue Flughäfen entstanden in Seyring und bei Münchendorf.
2. In Analogie zur wirtschaftlichen Bedeutung Hamburgs im Norden sollte Wien als „Tor Deutschlands zum Osten“ (Reichsinnenminister Frick) eine „Welthandelsstadt“ werden und großzügige Hafenanlagen erhalten. Die Ausdehnung der Stadt erfolgte daher donauabwärts bei Schwechat, Fischamend und Groß-Enzersdorf mit der begonnenen Anlage des Alberner Hafens, der „einer der größten Binnenhäfen Großdeutschlands“ werden sollte.¹⁷ Wie schon um die Jahrhundertwende¹⁸ war auch in der NS-Propaganda die Rede vom baldigen Anschluss Wiens an das Projekt Rhein-Main-Donau-Kanal, und durch die Annexion der Sudetengebiete im Herbst 1938 schien auch die Umsetzung des Donau-Oder-Kanals in greifbarer Nähe. Wie stark gerade diese wirtschaftlichen Überlegungen an ältere Planungen – wenn auch unter ganz anderen politischen Rahmenbedingungen – anknüpften, zeigt der Umstand, dass die Bezeichnung „Wien, das Hamburg des Ostens“ zumindest bereits 1919 geprägt wurde.¹⁹ Darüber hinaus, und das war ein originär nationalsozialistischer Beitrag, sollte die Ausdehnung des Stadtgebietes den Raum schaffen, den die nationalsozialistischen Planer für den Bau der Reichsautobahn und einen Stadtautobahnring projektiert hatten.
3. Die Erweiterung Wiens insbesondere nach Süden sollte wohnbaupolitisch-sozialen Zwecken dienen. Wie schon vor 1938 von Architekten wiederholt gefordert,²⁰ propagierte man die Auflockerung der dicht bevölkerten Arbeiterviertel in den Vorstädten durch neue Siedlungsgebiete am bereits ländlich geprägten Rand.
4. Öffentlich zunächst kaum erwähnt wurden ernährungswirtschaftliche Motive in Voraussicht auf den kommenden Krieg. Die Erweiterung sollte die Erreichung eines höheren Grades an Selbstversorgung der Stadt gewährleisten.
5. Verwaltungsimmanente Überlegungen spielten bei der Erweiterung ebenfalls eine Rolle. So empfahl die kommende Reichsreform für die Reichsgaue bestimmte Mindestgrößen für diese Mittelinstanzen und sah zur Eindämmung der ohnehin schon zahlreichen Kompetenzkonflikte im NS-System die strikte Übereinstimmung von Partei- und Verwaltungsgrenzen vor.

¹⁶) Sofern nicht anders angegeben, folgt der kommende Abschnitt BOTZ, Groß-Wien (wie Anm. 2) 9–12.

¹⁷) Das Kleine Blatt (9. April 1939) 14.

¹⁸) Johann LICHTENSTADT, Hafen-Anlagen und Stadterweiterung (Wien 1903); Moriz WILLFORT, Zur Vereinigung der Donaugemeinden mit Wien (Wien 1903).

¹⁹) Reichspost (30. Jänner 1919) 1.

²⁰) POSCH, Lebensraum (wie Anm. 15) 157.

6. Im Westen, im Wienerwald, diente die Erweiterung vor allem der Erschließung von Freizeiträumen für die Stadtbevölkerung.

Neben den Funktionären von NSDAP und Stadt Wien als treibende Kräfte bei der Stadterweiterung waren in den Prozess freilich weitere Akteure involviert. Die Spitzen des Reichsgaues und der NSDAP Niederdonau erscheinen dabei passiv und indifferent. Für die bei Maren Seliger geäußerte Behauptung, „weiter ausgreifende Erweiterungswünsche“ seien u. a. am „Widerstand niederösterreichischer Nationalsozialisten“ gescheitert,²¹ konnten keine Belege gefunden werden. Der Umstand, dass Gau und Partei in Niederdonau in der entscheidenden Phase der Erweiterungsplanung vom jungen und politisch unerfahrenen Kurzzeit-Landeshauptmann Dr. Roman Jäger geführt wurden,²² könnte hier eine Rolle gespielt haben. Als Jäger am 21. Mai durch Dr. Hugo Jury abgelöst wurde, standen die Grundzüge der Erweiterung bereits fest. Jurys Haltung in dieser Frage lieferte keine Hinweise darauf, dass er grundsätzlich gegen die Erweiterung eingestellt gewesen wäre. Als etwa bei einer Besprechung im Juli die Angliederung der Stadt Korneuburg an Groß-Wien zur Diskussion stand, bekundete Jury lapidar, „daß er kein Interesse daran hat, Korneuburg zu behalten“.²³

Ob diese Haltung mit der besonderen „Notlage der Randgemeinden“ zu tun hatte, die kurz vor dem „Anschluss“ 1938 in der „Neuen Klosterneuburger Zeitung“ ausführlich beklagt wurde,²⁴ muss offen bleiben. Mitgespielt haben dürfte die Tatsache, dass der Norden des Burgenlandes als Kompensation zu Niederdonau kommen sollte und dass die Eingemeindungen bereits seit Jahren diskutiert wurden.

Blicken wir auf die lokale Ebene, so ergibt sich der Eindruck, dass insbesondere viele der nicht landwirtschaftlich geprägten Gemeinden der Einverleibung nach Wien eher positiv gegenübergestanden sein dürften. Im Eindruck der „Anschluss“-Euphorie und kräftig genährt von der NS-Propaganda, erhoffte ein großer Teil ihrer Bevölkerung den raschen Anschluss an die Annehmlichkeiten des großstädtischen Lebens: höhere Löhne, Gehälter und Sozialleistungen, bessere Straßen, Gehwege und Wohnungen, moderne Beleuchtung, Kanalisation, Wasser-, Gas- und Stromversorgung. Der Verlust der kommunalen Autonomie wog im Vergleich dazu nicht allzu schwer.²⁵

Die recht verbreitete Zustimmung zur Eingemeindung war auch an den Protesten jener Randgemeinden ablesbar, die bei Niederdonau verbleiben mussten. So herrschte etwa in Korneuburg, in den Wienerwald-Gemeinden Gablitz, Mauerbach,

²¹) SELIGER, Groß- oder Klein-Wien (wie Anm. 2) 238.

²²) Klaus-Dieter MULLEY, Niederdonau: Niederösterreich im „Dritten Reich“ 1938–1945. In: Niederösterreich im 20. Jahrhundert, Bd. 1: Politik. Hrsg. Stefan EMINGER u. Ernst LANGTHALER (Wien-Köln-Weimar 2008) 73–102, hier 75, 80.

²³) WStLA, MD, A1, Zl. 3352/1938, K 565, Ordnungsnummer 61, Aktenvermerk über Besprechung vom 20. Juli 1938, 7.

²⁴) Neue Klosterneuburger Zeitung. Unpolitisches und unabhängiges Wochenblatt für die Gerichtsbezirke Klosterneuburg und Tulln (2. Oktober 1937) 1.

²⁵) Siehe exemplarisch Peter CSENDES, Mödling als Randgemeinde Wiens 1938–1954. In: Mödling. Landschaft, Kultur und Wirtschaft. Hrsg. Karl STINGL (Mödling 1975) 181–188, hier 181.

Tullnerbach, Wolfsgraben und Pressbaum sowie in Enzersdorf an der Fischa große Enttäuschung darüber, bei der Eingemeindung nicht berücksichtigt worden zu sein. In Eingaben und Petitionen argumentierten deren Vertreter mit verkehrsgeographischen und vor allem wirtschaftlichen Benachteiligungen,²⁶ die angesichts der schematisch vom grünen Tisch und in höchster Eile durchgepeitschten Eingemeindungen nicht ganz von der Hand zu weisen waren.²⁷

Besonders heftig war die Erregung in Gablitz. Hier stand sogar die Legitimität der NSDAP-Ortsgruppenleitung auf dem Spiel, der „Unfähigkeit“ vorgeworfen wurde.²⁸ Große Teile der Bevölkerung befürchteten die „Verödung“ der Gemeinde, sollte diese bei Niederdonau verbleiben. An der Ortsgruppenleitung vorbei wurden zwei Unterschriftenaktionen für die Angliederung an Wien durchgeführt, die von 90 Prozent der Volljährigen unterstützt wurden. Die Petitionen und Unterschriften gingen bis in die Reichskanzlei in Berlin.²⁹ Die Bemühungen hatten keinen Erfolg.

Ganz vereinzelt gab es auch Gemeinden, die mit der Einverleibung durch Wien nicht einverstanden waren. So strebten etwa die Stadtgemeinde Klosterneuburg und deren Umlandgemeinden Gugging, Kritzendorf, Kierling, Weidling, Weidlingbach und Hadersdorf-Weidlingau Mitte 1938 die Schaffung einer Großgemeinde Klosterneuburg und den Verbleib bei Niederdonau an. Anders als die Bevölkerung vieler anderer Randgemeinden befürchteten die Bewohner/-innen dieser Region im Falle einer Angliederung an Wien eine Erhöhung der Abgabenbelastung, zumal ja zahlreiche Infrastrukturprojekte, wie Kanalbau, bessere Beleuchtung etc., angekündigt worden waren.³⁰ Auch aus diesem Alternativvorschlag wurde nichts.

Insgesamt stellte sich heraus, dass die Eingliederung der Randgemeinden nach Wien mit erheblichen Schwierigkeiten und hohen Kosten verbunden war. Die Kommunen Neu-Wiens waren in der Regel stark verschuldet und infrastrukturell schlecht ausgestattet. Laut Bericht des Stadtbaudirektors, der als Unterlage für die Verhandlungen mit dem Reichsgau Niederdonau diente und daher den Sanierungsaufwand besonders betonte, waren die meisten Straßen in Neu-Wien lediglich geschottert und fast 90 Prozent der Brücken erneuerungsbedürftig. Nur eine einzige der 97 Gemeinden verfüge über eine „ordentliche Kanalisierung“. In vielen Orten herrsche zudem „grosses Wohnungselend und Wohnungsmangel“; die Schulhäuser

²⁶⁾ WStLA, MD, A1, Zl. 3352/1938, K 565, Schreiben des Beigeordneten für die Verwaltung des Landbezirkes an das Hauptverwaltungs- und Organisationsamt, Abteilung 2, vom 22. Jänner 1941; ebd. Schreiben der Gemeindeverwaltung des Reichsgaues Wien, Hauptabteilung: Verwaltung des Landbezirkes, an das Hauptverwaltungs- und Organisationsamt vom 15. November 1940.

²⁷⁾ JÄGER-SUNSTENAU u. LEDL, Änderungen (wie Anm. 2) 269.

²⁸⁾ WStLA, MD, A1, Zl. 3352/1938, K 565, Geschäftszahl 942/1939, Schreiben von Leo Watzek, Pressseamtsleiter der Ortsgruppe der NSDAP Gablitz, an Bürgermeister Neubacher vom 10. Dezember 1938.

²⁹⁾ WStLA, MD, A1, Zl. 3352/1938, K 565, Geschäftszahl 942/1939, Gesuch von Vertretern von Gewährsleuten der Gemeinde Gablitz an Bürgermeister Neubacher vom 28. Oktober 1938; Schreiben von Hermann Burkhardt an die Reichskanzlei vom 24. November 1938.

³⁰⁾ NÖLA, RStH ND, Dezernat Ia-10, Zl. 175/1940, Schreiben der Bezirkshauptmannschaft Tulln an das Präsidium der Landeshauptmannschaft Niederdonau vom 27. Juli 1938.

seien „meist zu klein und in einem schlechten Erhaltungszustand.“³¹ Ähnlich trist präsentierten sich die Verhältnisse im Fürsorgebereich.³²

Verschärft wurde die Situation noch dadurch, dass viele Gemeinden nach Bekanntwerden ihrer Eingliederung einen geradezu verschwenderischen Umgang mit ihren ohnehin knappen Finanzen pflegten. So beklagte die Wiener Administration „überflüssige Anschaffungen“ der Randgemeinden, die noch kurz vor der Eingliederung getätigt worden seien.³³ Neben teuren Büchern, wie etwa Konversationslexika, seien vielfach kostspielige Büsten, Bilder und Embleme gekauft worden, Lautsprecheranlagen eingerichtet sowie Ergänzungen der Amtseinrichtung und des Inventars vorgenommen worden. Schenkungen durch die Gemeinden hätten sich kurz vor der Eingliederung in auffälliger Weise gehäuft. Diese kämen zwar zumeist Zwecken der lokalen Partei zugute, doch die Organe der Wiener Verwaltung gewannen den Eindruck, als ob damit Vermögen der bisherigen Gemeinde „dem Zugriff ‚der Wiener‘ entzogen werden sollte.“³⁴ Allfällig vorhandene Kassenbestände wurden vor der Eingemeindung noch rasch aufgebraucht, und das unpopuläre Geschäft der Eintreibung ausständiger Gemeindeabgaben sowie von Miet- und Pachtzinsen wurde kaum noch ernsthaft betrieben.

Die erhoffte rasche Angleichung der Infrastruktur an großstädtisches Niveau ließ daher – von Ausnahmen abgesehen³⁵ – auf sich warten. Als in der Bevölkerung Neu-Wiens Unzufriedenheit aufzukommen drohte, reagierte die Gemeinde Wien mit einer Umgliederung der Verwaltung.³⁶ Sie fasste sämtliche Kommunen von Neu-Wien mit 7. Juni 1939 in einem gemeinsamen „Landbezirk“ zusammen und unterstellte sie dem Leiter des Kreises V der NSDAP Wien, Leopold Tavs. Dieser fungierte fortan als „Beigeordneter für die Verwaltung des Landbezirks“ und sollte im Einvernehmen mit den Abteilungen der zentralen Gemeindeverwaltung die Geschäfte in Neu-Wien führen. Schon die Konstruktion dieser Verwaltungsgliederung ließ erahnen, dass hier Reibungen vorprogrammiert waren.³⁷ Der bald darauf vom Zaun gebrochene Krieg ließ dann die letzten Hoffnungen auf einen Aufschwung in Neu-Wien zunichtewerden.

³¹) WStLA, MD, A1, Zl. 3352/1938, K 566, Schreiben des Wiener Stadtbaudirektors an den Magistratsdirektor vom 14. Jänner 1939.

³²) WStLA, MD, A1, Zl. 3352/1938, K 566, Schreiben des Wiener Magistrats, Gruppe III, an den Magistratsdirektor vom 20. Jänner 1939.

³³) WStLA, MD, A1, Zl. 3352/1938, K 566, Finanzielle Benachteiligung der Stadt Wien durch die Eingemeindung, Zusammenstellung vom 18. Jänner 1939; ebd., Finanzielle Nachteile der Stadt Wien infolge der Eingemeindung, Zusammenstellung o. D.

³⁴) WStLA, MD, A1, Zl. 3352/1938, K 566, Finanzielle Benachteiligung der Stadt Wien durch die Eingemeindung, Zusammenstellung vom 18. Jänner 1939.

³⁵) So eine Ausnahme war etwa die Fertigstellung des Ausbaues des Krankenhauses Mödling. CSENDES, Mödling (wie Anm. 25) 182.

³⁶) Gerhard Borz, Von der Bundeshauptstadt zum Reichsgau. Die nationalsozialistische „Ostmark“-Politik und die Wiener Stadtverfassung und -verwaltung in den Jahren 1938 bis 1940. In: WGBl Sonderheft 2 (1975) 166–185, hier 181 f.

³⁷) Borz, Bundeshauptstadt (wie Anm. 36) 182.

Die „Abwicklung“ von Groß-Wien 1945–1954

Nach der Befreiung vom NS-Regime wurde Österreich als selbständiger Staat wiedererrichtet. Die Bestimmungen der NS-Zeit sollten aufgehoben werden. Die vor dem „Anschluss“ gültigen Grenzen der Bundesländer wurden wiederhergestellt – allerdings mit zwei Ausnahmen. Laut Vorläufiger Verfassung vom 1. Mai 1945 sollte Groß-Wien vorerst ebenso weiter bestehen bleiben, wie die Aufteilung des Burgenlandes in Kraft bleiben sollte.³⁸ Für diese Regelung gab es mehrere Gründe. Zum einen wollten die Vertreter Niederösterreichs quer durch alle Parteien am 1938 durchgeführten Tausch – Randgemeinden gegen das nördliche Burgenland – festhalten. Zum anderen dürften außenpolitische Erwägungen eine Rolle gespielt haben, zumal man in Österreich Ansprüche Ungarns auf ein wiedererstandenes Burgenland befürchtete. Und darüber hinaus mochte die Überlegung maßgeblich gewesen sein, dass in den chaotischen Zeiten des Umbruchs von 1945 schlichtweg keine neuen Verwaltungsstrukturen aufgebaut werden konnten.³⁹

Als sich die Sowjets Anfang Juli aus der Steiermark an die Grenze des ehemaligen Burgenlandes zurückzogen, änderte sich die Situation. Die Besatzungsmacht schuf damit de facto wieder ein Land Burgenland, und die österreichische Politik folgte diesem Schritt. Niederösterreich gab seinen Widerstand auf, und Ende August 1945 war die Wiedererrichtung des Burgenlandes beschlossen; am 1. Oktober wurde sie umgesetzt.⁴⁰

Fast schlagartig rückten die Randgemeinden nun in den Blickpunkt der niederösterreichischen Politik. Alle Parteien im Land forderten jetzt die Rückgliederung. Hinsichtlich gewisser Anpassungen zeigte sich die tonangebende ÖVP jedoch gesprächsbereit. In Wien dagegen waren alle Parteien für die Aufrechterhaltung des status quo. Weil für Ende November Wahlen anberaumt waren und dafür die Wahlkreiseinteilung beschlossen werden musste, war eine rasche Einigung vonnöten. Für zusätzlichen Zeitdruck sorgte die nicht zutreffende Rechtsauffassung, dass ein halbes Jahr nach Zusammentritt des ersten gewählten Wiener Gemeinderates automatisch die alten Stadtgrenzen wieder aufleben würden.⁴¹

Am 16. Oktober 1945 lag das Ergebnis der Verhandlungen vor.⁴² Es definierte die im Wesentlichen heute noch gültigen Landesgrenzen und entsprach nahezu vollständig den Vorstellungen der niederösterreichischen Volkspartei, deren Verhandlungsposition durch den großen Zeitdruck zweifellos gestärkt worden war. Das danach verabschiedete Gebietsänderungsgesetz sollte am 1. Jänner 1946 in Kraft treten, bedurfte aber zuvor der Bestätigung durch den Alliierten Rat. Diese blieb

³⁸) Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich Nr. 5/1945, Verfassungsgesetz vom 1. Mai 1945 über die vorläufige Einrichtung der Republik Österreich (Vorläufige Verfassung).

³⁹) SELIGER, Groß- oder Klein-Wien (wie Anm. 2) 212 f.

⁴⁰) Gerald SCHLAG, Burgenländische Politik in den Jahren 1934–1938 und 1945/46. In: Das Burgenland im Jahr 1945. Beiträge zur Landes-Sonderausstellung 1985. Hrsg. Stefan KARNER (Eisenstadt 1985) 49–66, hier 64.

⁴¹) SELIGER, Groß- oder Klein-Wien (wie Anm. 2) 214 f.

⁴²) NÖLA, ANÖLR, Landesamt II/3, Zl. 1, 1. Band, Amtserinnerung Dr. Vanura.

jedoch aus, weil die Besatzungsmächte Auswirkungen auf die mühsam ausgehandelte Zoneneinteilung befürchteten.⁴³ Da Wien mit der getroffenen Vereinbarung ohnehin nicht zufrieden war, trat der Wiener Bürgermeister an Niederösterreich mit dem Wunsch nach Neuverhandlung der Grenzen heran. Niederösterreich lehnte ab, und nach kleineren Änderungen wurde das Gebietsänderungsgesetz im Sommer 1946 von den zuständigen Gremien beschlossen.⁴⁴ Von den 97 einverleibten Gemeinden sollten 17 bei Wien verbleiben und 80 nach Niederösterreich zurückkommen. Aber auch diesmal versagte der Alliierte Rat dem Gesetz die Bestätigung. Sie erfolgte erst acht Jahre später am 11. Juni 1954. Am 1. September 1954 wurden die 80 Randgemeinden wieder Niederösterreich einverleibt.⁴⁵

In diesen acht Jahren waren die Randgemeinden „Niemandland“. Sie wurden von Wien aus verwaltet, entsandten ihre politischen Vertreter aber in den NÖ Landtag. Eine Ausnahme bildete der damals besonders wichtige Bereich der Ernährung. Auf Weisung der sowjetischen Besatzungsmacht wurden die Niederösterreich zufallenden Gebiete ab Februar 1946 von Niederösterreich versorgt,⁴⁶ die verwaltungsmäßige Abwicklung oblag hingegen Wien. An den ersten niederösterreichischen Gemeinderatswahlen 1950 konnten die Randgemeinden nicht teilnehmen, weil sie zum Wiener Hoheitsgebiet zählten. Dazu klagten sie über wirtschaftliche Benachteiligungen. Wien hielt sich mit Investitionen zurück, Niederösterreich war noch nicht zuständig. Zur Lösung dieser Probleme war im Oktober 1946 beim Amt der NÖ Landesregierung ein Verwaltungsausschuss aus 14 Vertretern beider Länder gebildet worden. Er sollte insbesondere die Durchführung längerfristiger und größerer Bauprojekte ermöglichen, erwies sich aber als zu schwerfällig.⁴⁷

Proteste gegen die Rückgliederung

Abgesehen von den rein landwirtschaftlichen Gemeinden, die stark zu Niederösterreich tendierten, gab es auf lokaler Ebene keineswegs nur Zustimmung zur Rückgliederung. Protestiert wurde zunächst in Bisamberg, in den ehemaligen Gemeinden des Gerichtsbezirkes Liesing – in Breitenfurt, Kaltenleutgeben, Laab im Walde, Perchtoldsdorf und Vösendorf –, in vielen Gemeinden des Bezirkes Mödling, in

⁴³) Manfred RAUCHENSTEINER, Kriegsende und Besatzungszeit in Wien 1945–1955. In: WGBl 30 (1975) 197–220, hier 207.

⁴⁴) LGBl NÖ Nr. 42/1954, Landesverfassungsgesetz vom 25. Juli 1946, betreffend die Änderung der Grenzen zwischen den Bundesländern Niederösterreich und Wien (Gebietsänderungsgesetz); LGBl Wien Nr. 14/1954, Verfassungsgesetz vom 29. Juni 1946, betreffend die Änderung der Grenzen zwischen den Bundesländern Niederösterreich und Wien (Gebietsänderungsgesetz).

⁴⁵) BGBl Nr. 110/1954, Bundesverfassungsgesetz vom 26. Juli 1946, betreffend die Änderung der Grenzen zwischen den Bundesländern Niederösterreich und Wien (Gebietsänderungsgesetz). Bei Wien verblieben die ehemaligen Gemeinden Stammersdorf, Süßenbrunn, Breitenlee, Essling, Albern, Unterlaa, Oberlaa, Rothneusiedl, Inzersdorf bei Wien, Siebenhirten, Erlaa, Liesing, Atzgersdorf, Rodau, Kalksburg, Mauer bei Wien, Hadersdorf-Weidlingau.

⁴⁶) NÖLA, ANÖLR, Landesamt II/3, Zl. 1/1954, 2. Band, Schreiben des Sowjet-Teils der Alliierten Kommission für Österreich an Landeshauptmann Reither vom 16. Jänner 1946.

⁴⁷) JÄGER-SUNSTENAU u. LEDL, Änderungen (wie Anm. 2) 274.

Groß-Enzersdorf und interessanterweise auch in Klosterneuburg und Hadersdorf-Weidlingau, wo man 1938 – freilich unter ganz anderen politischen Rahmenbedingungen – noch gegen die Angliederung an Wien aufgetreten war.

Die Proteste erfolgten in zwei Wellen, obwohl die Frage der Randgemeinden zwischen 1945 und 1954 niemals völlig von der Tagesordnung verschwand. Die erste Welle erstreckte sich von Mitte Oktober 1945, als das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Wien und Niederösterreich bekannt wurde, bis zum – vorerst folgenlosen – Beschluss des Gebietsänderungsgesetzes durch den Nationalrat im Sommer 1946. In dieser Phase wurden die Proteste zumeist von allen Parteien oder zumindest von den beiden Großparteien gemeinsam getragen.⁴⁸ Die Formen des Protestes blieben traditionell. Es wurden Resolutionen verfasst, die an die Bundes- und die beiden Landesregierungen gerichtet und denen zur Untermauerung der Anliegen umfangreiche Unterschriftenlisten beigegeben wurden. Mitunter erreichten die Proteste eine größere Öffentlichkeitswirksamkeit, wie am 24. Oktober 1945 in Klosterneuburg, wo sich angeblich mehr als 700 Personen im Großen Stiftskellersaal versammelten und gegen die Ausgemeindung aus Wien aussprachen.⁴⁹

In der Argumentation spielte zunächst die Sorge um die Lebensmittelversorgung eine größere Rolle. In Niederösterreich seien die Lebensmittelzuteilungen niedriger als in Wien, und das von den Kriegsfolgen am meisten betroffene Niederösterreich werde lange Zeit nicht in der Lage sein, die schlechte wirtschaftliche Situation der rückgegliederten Gemeinden zu verbessern. Man argumentierte mit den geringen Anteilen landwirtschaftlicher und der großen Anzahl industriell-gewerblicher Bevölkerung, die in Wien beschäftigt sei, verwies auf die verkehrsmäßige Ausrichtung auf die Großstadt, auf den Besuch von Wiener Schulen und die Krankenversorgung in Wiener Spitälern. Nicht zuletzt befürchtete man den Verlust der günstigeren Tarife für Gas, Wasser und Strom sowie der höheren Wiener Sozialleistungen.

Der einzige Erfolg der Protestaktionen gelang in dieser ersten Phase. Im Frühjahr 1946 stimmte Niederösterreich zu, Hadersdorf-Weidlingau wieder an Wien abzutreten.⁵⁰

Je länger der Schwebezustand der Randgemeinden andauerte, desto größer wurde die Unzufriedenheit der dort lebenden Bevölkerung. Lokale Vertreter beider Großparteien griffen diese Stimmungen auf und versuchten sie in ihrem Sinne zu beeinflussen. Aufseiten der SPÖ agitierte die Bezirksorganisation von Liesing besonders leidenschaftlich für den Verbleib der Randgemeinden bei Wien. Laut Gebietsände-

⁴⁸) Die folgenden Ausführungen sind – wenn nicht anders angegeben – das Ergebnis einer Analyse von Eingaben folgender Gemeinden: NÖLA, ANÖLR, Landesamt II/3, Zl. 1/1954, 2. Bd., Schreiben der Ortsparteileitungen von ÖVP und SPÖ Hadersdorf-Weidlingau an die Österreichische Bundesregierung vom 21. Dezember 1945; ebd., Schreiben des provisorischen Ortsvorstehers von Vösendorf an Landeshauptmann Reither vom 22. März 1946 (mit 13 Beilagen mit 1576 Unterschriften); ebd., 3. Bd., Schreiben der Bezirksvorstehung Klosterneuburg an die Landeshauptmannschaft Niederösterreich vom 24. April 1946; WStLA, MD, A6, Zl. 2487/1945, Schreiben des Gemeindeamts Bisamberg an die Bezirksvorstehung Floridsdorf vom 26. Oktober 1945.

⁴⁹) Klosterneuburger Nachrichten (27. Oktober 1945) 1.

⁵⁰) MAYER, Veränderungen (wie Anm. 2) 290.

rungsgesetz hatte der Gerichtsbezirk Liesing fünf Gemeinden an Niederösterreich abzutreten, was auch die Ausgliederung dieser Orte aus dem Parteibezirk zur Folge hatte.⁵¹ Die Bezirksorganisation führte daher im März 1947 eine Unterschriftenaktion durch, die in Laab im Walde, Breitenfurt, Perchtoldsdorf, Vösendorf und Kaltenleutgeben bei einer Beteiligung von rund 80 Prozent der Wahlberechtigten zwischen 58 und 97 Prozent Zustimmung für den Verbleib bei Wien erbrachte.⁵² Sie schaffte es ferner, den Landesparteiausschuss der Wiener SPÖ 1951 auf eine Distanzierung von der 1946 getroffenen Grenzziehung festzulegen und diesen von der Abhaltung einer Volksbefragung im Randgemeindengebiet zu überzeugen, wofür freilich die gesetzlichen Voraussetzungen fehlten.⁵³

Die lokalen Vertreter der ÖVP blieben ebenfalls nicht untätig; auch sie verwiesen auf die fehlende Befragung der betroffenen Bevölkerung – und zwar in Bezug auf die Einverleibung der Gemeinden nach Wien 1938. Am 12. März 1950 versammelten sich in Mödling 450 VP-Mandatare der Randgemeinden und forderten eine Reihe von „Sofortmaßnahmen“, die zumindest vorläufig auch eine Revision des Gebietsänderungsgesetzes bedeutet hätten. Die Schaffung Groß-Wiens wurde als NS-Unrecht geißelt, das auch aus moralischen Gründen wieder gut zu machen sei. Hauptreferent Landespartei sekretär Leopold Weinmayr stellte diese Forderung kurzerhand in den Kontext der Rückstellungsgesetze für vom NS-Regime geschädigte Juden. „Wenn für die Heimkehrer aus Schanghai ein Rückstellungsgesetz geschaffen werden konnte, so dürfe auch Wien den Niederösterreichern ihr Recht auf die ihnen zustehenden Gebiete nicht mehr länger vorenthalten. (Stürmischer Beifall)“, wurde er in der Lokalpresse der Volkspartei zitiert.⁵⁴ In einer Resolution, die Landeshauptmann Steinböck überreicht wurde, verlangten die VP-Vertreter u. a. die Rückgliederung aller 97 Gemeinden, bis zum Inkrafttreten des Gebietsänderungsgesetzes oder bis eine andere „verfassungsmäßig durchgeführte Veränderung“ erfolge.⁵⁵ Sie forderten Steinböck auf, die Rückgliederung der Randgemeinden beim Verfassungsgerichtshof einzuklagen; die vom Land Niederösterreich entsandten Vertreter sollten ihre Tätigkeit im gemeinsamen Verwaltungsausschuss sofort einstellen.⁵⁶

Noch weiter gingen die ÖVP-Ortsvorsteher des 24. Wiener Gemeindebezirkes bei einer Besprechung am 9. Juni 1950 in Mödling. Sie fassten einen Beschluss, demzufolge die Landesregierungen von Wien und Niederösterreich an den Nationalrat die Forderung richten sollten, das Gebietsänderungsgesetz zurückzuziehen und die Landesgrenzen nach dem Stand vom 31. Dezember 1937 wieder zu errichten.⁵⁷ Die

⁵¹) SELIGER, Groß- oder Klein-Wien (wie Anm. 2) 226.

⁵²) WStLA, MD, A1, Zl. 2016/1946; Wiener Kurier (15. November 1948).

⁵³) SELIGER, Groß- oder Klein-Wien (wie Anm. 2) 227.

⁵⁴) Mödliner Zeitung (16. März 1950) 1.

⁵⁵) NÖLA, ANÖLR, Präsidium I, Zl. 731/1954, Schreiben der ÖVP Landesparteileitung NÖ an Landeshauptmann Johann Steinböck vom 13. März 1950 samt Beilage.

⁵⁶) NÖLA, ANÖLR, Präsidium I, Zl. 731/1954, Schreiben der ÖVP Landesparteileitung NÖ an Landeshauptmann Johann Steinböck vom 13. März 1950 samt Beilage.

⁵⁷) NÖLA, ANÖLR, Präsidium I, Zl. 731/1954, Geschäftszahl 328/1950, Schreiben der Bezirksvorstehung für den 24. Bezirk der Stadt Wien an ANÖLR vom 20. Juni 1950 samt Beilage.

Ortsvorsteher beriefen sich dabei auf die Bevölkerung, bei der dieses Gesetz „absolut kein Verständnis gefunden“ habe, und verwiesen auf den „ganz bedeutenden Entfall an Steuern“, den das Land Niederösterreich durch den Verlust der 17 steuerkräftigsten Gemeinden erleiden würde.⁵⁸

Unmittelbar nach Bekanntwerden der alliierten Zustimmung zum Gebietsänderungsgesetz vom 11. Juli 1954 setzte die zweite Protestwelle gegen die Rückgliederung ein. Sie war kürzer, aber heftiger als die erste. Erstmals wurde auch zum Druckmittel des Streiks gegriffen. Aus Protest gegen die alliierte Zustimmung zur Ausgemeindung legten am 14. Juni die Arbeiter einiger größerer Betriebe in Schwechat und Liesing sowie jene in der Zementfabrik Rodaun für eine Stunde die Arbeit nieder.⁵⁹ Sie entsandten ihre Betriebsräte zum Österreichischen Gewerkschaftsbund und in den Parlamentsklub der SPÖ, wo diese das acht Jahre alte Gesetz als überholt darstellten und eine Volksabstimmung forderten. Darüber hinaus befürchteten die Gegner der Rückgliederung Einbußen im Fürsorgewesen, den Verlust der Gratis-Schulbücher oder Verzögerungen bei der Aufschließung von Siedlungsgebieten. Gewerbetreibende bangten um ihre Aufträge bei der Stadtgemeinde Wien, Gemeindevertretungen um von Wien bereits zugesagte Bauprojekte.⁶⁰

Während sich die VP NÖ beeilte, diese Bedenken zu zerstreuen, und den Randgemeinden namhafte Investitionsbeträge in Aussicht stellte,⁶¹ war die Landesleitung der SP NÖ mit teils heftigem Widerstand aus ihrer eigenen Basis konfrontiert. Wenige Tage nach der alliierten Zustimmung zum Gebietsänderungsgesetz hielten die betroffenen Bezirksorganisationen Klosterneuburg, Purkersdorf, Mödling, Schwechat und Liesing außerordentliche Konferenzen ab, die „teilweise einen sehr stürmischen Verlauf“ nahmen und in denen die Durchführung einer Volksbefragung in den Randgemeinden gefordert wurde.⁶² Die Landesparteileitung unter Innenminister Oskar Helmer hielt jedoch an der 1946 beschlossenen Regelung fest. In der Sitzung des NÖ Landtages vom 13. Juli 1954 begrüßte der SP-Klubobmann Franz Popp in voller Übereinstimmung mit den Mandataren der ÖVP „die Heimkehr dieser 80 Gemeinden“ und wandte sich gegen die vom Vertreter der Kommunistischen Partei erhobene Forderung nach einer Volksabstimmung.⁶³ Dafür fehle die gesetzliche Grundlage, und darüber hinaus handle es sich um eine Änderung der Landesgrenzen, bei der nicht nur die Bevölkerung der Randgemeinden, sondern des gesamten Bundeslandes befragt werden müsste. Das Land Niederösterreich, so Popp weiter, könne es sich einfach nicht leisten, auf 150.000 Einwohner/-innen und

⁵⁸) NÖLA, ANÖLR, Präsidium I, Zl. 731/1954, Geschäftszahl 328/1950, Schreiben der Bezirksvorsteherung für den 24. Bezirk der Stadt Wien an ANÖLR vom 20. Juni 1950 samt Beilage.

⁵⁹) Wienbibliothek im Rathaus, Tagblatt-Archiv, TL 978/1954, Die Presse (15. Juni 1954); Klosterneuburger Nachrichten (19. Juni 1954) 1.

⁶⁰) Wienbibliothek im Rathaus, Tagblatt-Archiv, TL 978/1954, Die Presse (15. Juni 1954).

⁶¹) Mödliner Zeitung (28. August 1954) 1.

⁶²) Arbeiter-Zeitung (19. Juni 1954) 2 sowie (20. Juni 1954) 2; vgl. auch SELIGER, Groß- oder Klein-Wien (wie Anm. 2) 225 f.

⁶³) Stenographische Protokolle des Landtages von Niederösterreich, V. Session der V. Wahlperiode, 22. Sitzung am 13. Juli 1954, 626, 630.

die damit verbundene Stärkung seiner wirtschaftlichen und finanziellen Kraft zu verzichten.⁶⁴

Dass die SP NÖ mit der Rückgliederung auch landesparteilpolitische Ziele verfolgte, war nicht von der Hand zu weisen. Sie wurden im Zuge der anhaltenden SP-internen Kontroverse auch offen angesprochen. Beim elften Parteitag der SPÖ im November 1955 war es abermals Popp, der die Position der niederösterreichischen Landespartei verteidigte. Bei der Rückgliederung gehe es um weit mehr als um ehemalige Teile des Gerichtsbezirkes Liesing. Es gehe um das bundesweit am meisten umkämpfte Bundesland, um das „Kernland“ der ÖVP, um ganz Niederösterreich.⁶⁵ Ein Verbleib der Randgemeinden bei Wien hätte eine Stärkung der ÖVP, eine „Festigung des nichtmarxistischen Ringes um Wien und eine Schwächung der sozialistischen Organisation in Niederösterreich“ bedeutet.⁶⁶ Tatsächlich zeigten die Ergebnisse der Landtagswahl 1949, dass die SPÖ in den 80 Randgemeinden um knapp sieben Prozent mehr Wähler/-innenanteile als die ÖVP verfügte, die umgekehrt in ganz Niederösterreich die Sozialisten um mehr als 15 Prozentpunkte überflügelte.⁶⁷

Im Sommer 1954 war die Empörung der SP-Basis vor allem im Süden Wiens nicht mehr zu kanalisieren. Als sich Mitte August, einen halben Monat vor der Rückgliederung der Gemeinden nach Niederösterreich, in Mödling eine „Notgemeinschaft für die demokratische Befragung der Gemeinden des Bezirkes Mödling“ bildete, genoss diese die Unterstützung der SP-Bezirksorganisation.⁶⁸ Die Notgemeinschaft organisierte am 29. August eine „private Willenskundgebung“, bei der sich von 49.920 Stimmberechtigten 29.775, also knapp 60 Prozent, für Wien aussprachen.⁶⁹ Wie die Tabelle zeigt, gab es die größte Zustimmung für den Verbleib bei der Großstadt in den bislang zum Gerichtsbezirk Liesing und danach zu Mödling zählenden Gemeinden Vösendorf, Kaltenleutgeben, Breitenfurt und Laab im Walde. Das Votum für Wien war keineswegs auf die SP-dominierten Gemeinden beschränkt. Neben Laab im Walde sprachen sich auch andere Gemeinden mit großen VP-Wähler/-innenanteilen, wie Mödling, Perchtoldsdorf und Hinterbrühl, deutlich gegen die Rückgliederung aus.

Die Kundgebung blieb ohne Folgen. Drei Tage später, am 1. September 1954, gingen die 80 Randgemeinden wie geplant in das Hoheitsgebiet von Niederösterreich über. Die flächenmäßige Ausdehnung Wiens reduzierte sich damit im Vergleich zum Oktober 1938 auf wenig mehr als ein Drittel (414,5 km²), die Einwoh-

⁶⁴) Stenographische Protokolle des Landtages von Niederösterreich, V. Session der V. Wahlperiode, 22. Sitzung am 13. Juli 1954, 628, 630.

⁶⁵) Bericht und Protokoll des elften Parteitages, Wien, 9. bis 11. November 1955 (Wien [o.J.]) 160 f.; zit. nach SELIGER, Groß- oder Klein-Wien (wie Anm. 2) 229.

⁶⁶) Bericht und Protokoll des elften Parteitages, Wien, 9. bis 11. November 1955 (Wien [o.J.]) 160 f.; zit. nach SELIGER, Groß- oder Klein-Wien (wie Anm. 2) 229.

⁶⁷) Siehe dazu die Wahlergebnisse in Abb. 3.

⁶⁸) Mödlinger Nachrichten. Unabhängiges Wochenblatt (12. August 1954) 1; zur SP-Unterstützung der Notgemeinschaft: Mödlinger Nachrichten (14. Oktober 1954) 1.

⁶⁹) Mödlinger Nachrichten (2. September 1954) 1. Grundlage der Stimmberechtigung waren die Wählerlisten der Nationalratswahl 1953.

Tabelle 1: Ergebnisse der „Willenskundgebung“ 1954 und der Großparteien bei der Landtagswahl 1949 in Gemeinden des späteren Bezirkes Mödling

Gemeinde	Wahlberechtigte NRW 1953	Abgegebene Stimmen	für Verbleib bei Wien	für Wien in % der Wahlberechtigten	SP-Anteil LTW 1949	VP-Anteil LTW 1949
Vösendorf	2570	2293	2242	87,2 %	57,3	21,5
Kaltenleutgeben	1481	1352	1259	85,0 %	51,7	35
Breitenfurt	1638	1311	1239	75,6 %	46,8	45,3
Laab im Walde	421	332	302	71,7 %	38,2	54,1
Wr. Neudorf	1790	1282	1247	69,7 %	62,1	26
Gaaden	591	465	406	68,7 %	57,6	32,1
Achau	608	425	409	67,3 %	61,7	37,2
Hennersdorf	674	470	453	67,2 %	54,2	33,3
Gießhübel	675	474	436	64,6 %	50,2	41
Brunn am Geb.	4310	2850	2712	62,9 %	40,6	34,3
Mödling	12584	7902	7645	60,8 %	41,3	44,2
Sparbach	135	81	81	60,0 %	46,6	50,9
Perchtoldsdorf	8143	5013	4757	58,4 %	39,7	43,3
Guntramsdorf	3848	2350	2162	56,2 %	61,1	27,7
Weißbach	150	88	82	54,7 %	45,3	46,5
Hinterbrühl	1936	1088	1044	53,9 %	39,9	41
Münchendorf	670	370	343	51,2 %	49,9	39,4
Laxenburg	828	442	412	49,8 %	44,4	43
Biedermannsdorf	600	289	269	44,8 %	42,4	52,5
Maria-Enzersdorf	2960	1367	1300	43,9 %	31,2	53,4
Grub	197	87	84	42,6 %	29,3	67,6
Sulz	226	99	95	42,0 %	23,5	54,6
Wöglerin	205	89	83	40,5 %	35,8	58,8
Sittendorf	161	59	51	31,7 %	31,4	63,5
Gumpoldskirchen	2227	755	702	31,5 %	39,2	51,4

NRW: Nationalratswahl, LTW: Landtagswahl

Quellen: Eigene Zusammenstellung und Berechnungen aus: Mödlinger Nachrichten (2. September 1954) 1 sowie Die Landtagswahl 1949. Eine statistische Darstellung. Hrsg. Amt der Niederösterreichischen Landesregierung (Wien 1949) 71.

nerzahl ging um 150.000 Personen zurück.⁷⁰ Von den rückgegliederten Gemeinden wurden laut NÖ Landesgesetz vom 13. Juli 1954 „betreffend die Wiedererrichtung

⁷⁰) MAYER, Veränderungen (wie Anm. 2) 292.

Tabelle 2: Landtagswahlergebnisse der Großparteien im rückgegliederten Randgemeindengebiet 1949 und 1954 im Vergleich zu den Ergebnissen in Niederösterreich

Gemeinde	Gültige Stimmen 1949	SPÖ 1949 in %	ÖVP 1949 in %	Gültige Stimmen 1954	SPÖ 1954 in %	ÖVP 1954 in %	SPÖ-Differenz 1949/1954	ÖVP-Differenz 1949/1954
Bezirk Mödling	45356	44,3%	40,8%	43824	47,8%	38,5%	3,4%	-2,3%
Bezirk Wien Umgebung	51931	44,3%	47,2%	50676	44,7%	45,5%	0,4%	-1,7%
Rückgegliederte Gemeinden gesamt	97287	46,4%	39,5%	94500	48,9%	37,5%	2,5%	-1,9%
Niederösterreich gesamt	882368	37,3%	52,5%	861436	41,0%	50,7%	3,6%	-1,8%

Quellen: Eigene Zusammenstellung und Berechnungen nach Die Landtagswahl 1949. Eine statistische Darstellung. Hrsg. Amt der Niederösterreichischen Landesregierung (Wien 1949) 70 f., 110 sowie Die Wahl des Landtages von Niederösterreich am 17. Oktober 1954. Eine statistische Darstellung des Wahlergebnisses. Hrsg. Amt der Niederösterreichischen Landesregierung (Wien 1954) 42, 47, 80, 85.

von Ortsgemeinden auf Grund der Verfassungsgesetze über die Gebietsänderung zwischen den Bundesländern Wien und Niederösterreich“ nur 66 wiedererrichtet.⁷¹ Zukunftsweisend in Bezug auf die Kommunalstrukturreform der späten 1960er und frühen 1970er Jahre war dabei die Schaffung von zwei Großgemeinden: Wie bereits 1938 auf lokaler Ebene angeregt, schloss sich Klosterneuburg mit Gugging, Kritzendorf, Kierling, Weidling, Weidlingbach und – 1938 nicht dabei – Höflein an der Donau zusammen, desgleichen Schwechat mit Alt- und Neukettenhof, Kledering, Mannswörth und Rannersdorf. Die Bildung einer Großgemeinde Mödling wurde zwar wiederholt diskutiert und hätte vermutlich auch die Proteste gegen die Rückgliederung in diesem Raum gemildert,⁷² kam aber nicht zustande. Ferner wurden die ehemalige Gemeinde Gutenhof Himberg und Wöglerin Sulz im Wie-

⁷¹) LGBI NÖ Nr. 62/1954. Es handelte sich dabei um Achau, Andlersdorf, Biedermannsdorf, Bisamberg, Breitenfurt, Brunn am Gebirge, Dornbach, Ebergassing, Enzersfeld, Fischamend-Dorf, Fischamend-Markt, Flandorf, Franzensdorf, Gaaden, Gerasdorf, Gießhübl, Glinzendorf, Gramatneusiedl, Groß-Enzersdorf, Großhofen, Grub, Gumpoldskirchen, Guntramsdorf, Hagenbrunn, Hengersdorf, Himberg, Hinterbrühl, Kaltenleutgeben, Klein-Engersdorf, Klein-Neusiedl, Klosterneuburg, Königsbrunn, Laab im Walde, Langenzersdorf, Laxenburg, Leopoldsdorf, Mannsdorf, Maria-Enzersdorf, Maria-Lanzendorf, Mödling, Moosbrunn, Mühlleiten, Münchendorf, Oberhausen, Pellendorf, Perchtoldsdorf, Probstdorf, Purkersdorf, Raasdorf, Rauchenwarth, Rutzendorf, Schönau, Schwadorf, Schwechat, Seyring, Sittendorf, Sparbach, Sulz im Wienerwald, Velm, Vösendorf, Weißenbach bei Mödling, Wienerherberg, Wiener Neudorf, Wittau und Zwölfaxing.

⁷²) Mödlinger Nachrichten (3. August 1946) 1 sowie (15. Juli 1954) 1; Mödlinger Zeitung (10. Juli 1954) 1; Franz Popp, Um ein besseres Niederösterreich. 40 Jahre Politik im „Kernland“ (Wien 1976) 24 f.

nerwald zugeschlagen. Ober- und Unterlanzendorf wurden zur neuen Gemeinde Lanzendorf vereinigt.⁷³

Die Wahl in den NÖ Landtag am 17. Oktober 1954 wurde nicht zur großen Abrechnung, mit der die Gegner der Rückgliederung gedroht hatten.⁷⁴ Der gegenüber 1949 landesweit erzielte Zuwachs der SPÖ von 3,6 Prozent wurde in den Randgemeinden mit nur 2,5 Prozent SP-Gewinnen deutlich unterschritten. Die Verluste der ÖVP lagen mit 1,9 Prozent im Gebiet der Randgemeinden nur unwesentlich über dem landesweiten Stimmenverlust von 1,8 Prozent.

Resümee

Die Erweiterung Wiens in der NS-Zeit war das Ergebnis eines Kompromisses zwischen geopolitischen NS-Technokraten und großstadtfeindlichen Blut-und-Boden-Politikern. Sie war nicht als Aufwertung der Stadt gedacht. Anders als das vielzitierte Hamburg – übrigens das einzige Erweiterungsprojekt der Nationalsozialisten im „Altreich“ – rückte Wien niemals in den Rang einer „Führerstadt“ auf. Die Vergrößerung Wiens war vielmehr eingebettet in Hitlers Strategie, den österreichischen Staat zu zerschlagen und Wiens Tradition als Hauptstadt und Kristallisationskern des Österreichbewusstseins zu schwächen. Sie war u. a. eine Kompensation für den Bedeutungsverlust der Stadt und wurde auch aus Gründen der NS-Verwaltungsreform, die für die Reichsgaue bestimmte Mindestgrößen vorsah, durchgeführt.

Die Vergrößerung Wiens wurde aus handelspolitischen und städtebaulichen Gründen bereits vor 1938 wiederholt diskutiert. Sie beruhte nur zu einem geringen, vor allem auf militärischen Erwägungen fußenden Teil auf originär nationalsozialistischen Überlegungen.

Mit gewissen Grenzkorrekturen vor allem im ländlichen Raum erschien Groß-Wien sowohl den Wiener wie auch den niederösterreichischen Spitzenpolitikern der Zweiten Republik als sinnvoll und weitblickend. Erst die Wiedererrichtung des Burgenlandes initiierte hier eine Änderung der Perspektiven, vor allem aufseiten Niederösterreichs.

In den Randgemeinden selbst erfuhr die Eingemeindung viel Zustimmung. Die hochgesteckten Erwartungen auf einen raschen Anschluss an die Annehmlichkeiten des großstädtischen Lebens erfüllten sich jedoch nicht. Gleichzeitig gab es unmittelbar vor der Eingemeindung Akte eigensinniger lokaler Selbstbehauptung. Gemeindevermögen sollte im Ort bleiben und wurde noch kurz vor der Übergabe an Wien in der Gemeinde investiert; in der Region Klosterneuburg sollte die Bildung einer Großgemeinde die Einverleibung nach Wien verhindern.

Nach der Befreiung 1945 lehnten viele Randgemeinden eine Rückgliederung an das vom Krieg schwer getroffene Bundesland Niederösterreich ab. Die Proteste von Randgemeinden gegen die Rückgliederung nach 1945 waren in der ersten Welle

⁷³) LGBl NÖ Nr. 62/1954.

⁷⁴) Mödlinger Nachrichten (16. September 1954) 1.

vor allem wirtschaftlich-ernährungspolitisch motiviert. In der zweiten Welle, 1954, kamen parteipolitische Motive stärker zum Tragen. Im späteren Bezirk Mödling gingen die von SP-Organisationen unterstützten Proteste der zweiten Welle über deren Klientel hinaus. Die Bildung von Großgemeinden, wie sie im Falle von Klosterneuburg und Schwechat umgesetzt worden war, hätte die Unzufriedenheit der betroffenen Bevölkerung wohl gedämpft und der Sorge vieler Kleingemeinden vor einer finanziellen Überforderung entgegengewirkt.

In der Frage der Rückgliederung der Randgemeinden brachen in den Großparteien zahlreiche Konfliktlinien auf. Vor allem in der SPÖ konfigurierten lokalpolitische mit partei- und landespolitischen Interessen. Die Wiener stand gegen die niederösterreichische Landesorganisation und letztere hatte zusätzlich einen Konflikt mit ihrer Basis in den Randgemeinden auszutragen. Doch auch die ÖVP sprach nicht immer mit einer Stimme. Wie in der SPÖ stand hier Wien gegen Niederösterreich, und die niederösterreichische Landespartei war zumindest 1950 in den Randgemeinden mit einer Funktionärsbasis konfrontiert, welche die Rückgabe sämtlicher Gemeinden forderte.

Die Proteste zerbrachen an der unnachgiebigen Haltung der Großparteien in Niederösterreich. Die ÖVP wollte die Randgemeinden aus wirtschaftlichen Gründen, die SPÖ aus parteipolitischen. Proteste an der Wahlurne blieben daher aus.